

## Vorlage Stadtparlament

Datum 4. September 2018  
Beschluss Nr. 2091  
Aktenplan 152.15.13 Stadtparlament: Einfache  
Anfragen

### **Einfache Anfrage Christian Huber: Einsatz der Stadtpolizei an der Kundgebung „Smash little WEF“; Beantwortung**

Am 12. Juni 2018 reichte Christian Huber die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Einsatz der Stadtpolizei an der Kundgebung „Smash little WEF" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### **1 Ausgangslage**

Am 28. April 2018 fand in der St.Galler Innenstadt die bewilligte<sup>1</sup> Demonstration „Smash little WEF“ statt, es nahmen rund 120 Personen teil. Die Demonstration richtete sich gegen das St.Gallen Symposium vom 2. – 4. Mai 2018 an der Universität St.Gallen. Bereits in den Vorjahren wurden solche Demonstrationen gegen das St.Gallen Symposium durchgeführt. Sie verliefen weitgehend ruhig, vereinzelt kam es neben dem Anbringen von Klebebildern zu Vermummungen und zur Verwendung von pyrotechnischem Material. Das Augenmerk musste allerdings nicht nur auf die Demonstrationen selbst, sondern auch auf den Kontext mit der Universität St.Gallen gerichtet werden. So kam es in der Vergangenheit zu Aufrufen, sich noch zur Universität zu begeben. Dort mussten verschiedentlich schon durch unbekannte Personen verursachte Sprayereien und Sachbeschädigungen an Fahrzeugen festgestellt werden.

Mit entsprechenden polizeilichen Massnahmen soll die reibungslose Durchführung von Veranstaltungen, einschliesslich Demonstrationen, in verkehrs- und sicherheitspolizeilicher Hinsicht gewährleistet werden. Die polizeiliche Begleitung dient dabei gerade auch dem Schutz einer Veranstaltung.<sup>2</sup> Dazu werden Veranstaltungen vorgängig einer polizeilichen Beurteilung unterzogen. Von Bedeutung sind dabei insbesondere Erfahrungen aus vergangenen gleichgelagerten Anlässen, aber auch aktuelle Erkenntnisse und Entwicklungen. Dass eine solche Beurteilung bei aller Pflichtgemässheit immer nur eine Einschätzung unter Ungewissheiten sein kann, liegt auf der Hand. Von der Stadtpolizei wird aber jedenfalls erwartet, dass sie ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nachkommt. Dies bedeutet auf Grundlage

---

<sup>1</sup> Zur Rechtmässigkeit einer Bewilligungspflicht bei Demonstrationen, vgl. BGE 143 I 152 E. 3.2.

<sup>2</sup> Siehe BGE 143 I 151 f. E. 3.2, wonach „die Behörden verpflichtet [sind], durch geeignete Massnahmen wie etwa durch Gewährung eines ausreichenden Polizeischutzes dafür zu sorgen, dass öffentliche Kundgebungen tatsächlich stattfinden können und nicht durch gegnerische Kreise gestört oder verhindert werden“.

der vorgenommenen Beurteilung eine zeitgerechte Bereitstellung von personellen Ressourcen und Sachmitteln. Solche Ressourcen und Mittel können im Bedarfsfall nicht einfach „ad hoc“ bereitgestellt werden. Zu beachten ist indes auch, dass die Stadtpolizei schon aus eigenem Interesse keine Veranlassung hat, für Veranstaltungen zu hohe Personalaufgebote vorzunehmen. Denn entweder müssen im Dienst befindliche Polizeiangehörige aus ihrem primären Aufgabengebiet abgezogen werden, wodurch dieses entsprechend nicht abgedeckt ist, oder Polizeiangehörige müssen aus der Freizeit in den Dienst kommandiert werden, was für diese eine nicht unerhebliche Beeinträchtigung bedeutet. Letztlich kommt die Stadtpolizei in Wahrnehmung ihrer Verantwortung aber nicht umhin, die als angemessen erachteten Massnahmen zu treffen.

## **2 Beantwortung der Fragen**

*Wie gross war das Aufgebot an Polizei-Einsatzkräften (inklusive Personen aus dem Korps des Ostschweizer Polizeikonkordats) an der Kundgebung 2018 und wie wird dieses begründet?*

Wie andere Veranstaltungen wurde auch die Demonstration „Smash little WEF“ des Jahres 2018 verkehrs- und sicherheitspolizeilich begleitet. Wie auch bei anderen Veranstaltungen werden keine konkreten Zahlen zu den Personalaufgeboten veröffentlicht, damit daraus keine Rückschlüsse auf die polizeiliche Einsatztaktik gezogen werden können. Es kann aber festgehalten werden, dass das Polizeiaufgebot zur diesjährigen Demonstration (wie auch schon zu jener im Jahr 2017) im Vergleich zu den Demonstrationen in der Vergangenheit bedeutend reduziert wurde.

*Steht der Polizei-Einsatz im Vergleich zur relativ kleinen Demonstration im Verhältnis? Wenn ja, weshalb?*

Es zeigt sich regelmässig erst im eigentlichen Verlauf einer Veranstaltung, wie viele Personen an einer Demonstration tatsächlich teilnehmen. Von Bedeutung ist neben der Grösse des Teilnehmerfeldes (und der Zweckausrichtung einer Demonstration) aber auch dessen Zusammensetzung. Auch dazu zeigen sich die tatsächlichen Verhältnisse regelmässig erst an der Demonstration selbst. Die polizeilichen Massnahmen müssen solchen Unwägbarkeiten aber vorab angemessen Rechnung tragen.

*Wie hoch war der finanzielle Gesamtaufwand des Polizeieinsatzes (Vor- und Nachbearbeitung, Instruktionen, Bereitschaft) und wie hat sich dieser im Vergleich mit den vergangenen Jahren 2017 und 2016 entwickelt?*

Zum finanziellen Gesamtaufwand des Polizeieinsatzes können aus dem oben erwähnten Grund keine Angaben gemacht werden. Da, wie zur ersten Frage dargelegt, die eingesetzten Polizeiaufgebote mittlerweile bedeutend reduziert wurden, hat sich aber zweifellos auch der finanzielle Gesamtaufwand verringert.

*Was geschieht mit dem an der Demonstration dokumentierten Bild- und Videomaterial und welche Geräte werden zur Aufnahme benützt? Falls private Handys eingesetzt werden, wie wird sichergestellt, dass die Aufnahmen nicht für andere Zwecke missbraucht werden können?*

Anlässlich der Demonstration „Smash little WEF“ am 28. April 2018 kam es – kurzzeitig, wie sich schliesslich erwies – zu einzelnen Vermummungen, was zum Einsatz einer mobilen Polizeikamera führte. Ein solcher Kameraeinsatz wie auch die Weiterbehandlung von allfälligem Bildmaterial erfolgen im Rahmen einer klaren Aufgabenzuteilung, private Handys werden keine eingesetzt. Polizeiliche Strafanzeigen zum „Smash little WEF“ wurden schliesslich keine erstattet, weshalb das Bildmaterial vernichtet wurde.

*Ist es richtig, dass es in der Stadt St.Gallen keine Solidarhaftung gibt, also Demonstrationsorganisator\_innen nicht für strafbare Handlungen oder daraus entstehende Kosten verantwortlich gemacht werden können?*

Wer als Teilnehmerin oder Teilnehmer einer Demonstration eine Straftat begeht und dafür strafrechtlich verurteilt wird, hat die Kosten des Strafverfahrens zu tragen. Ebenso wird sie oder er die Kosten für den verursachten Schaden zu tragen haben. Davon zu unterscheiden sind die Polizeieinsatzkosten. Solche Kosten werden, zumal es um die Ausübung ideeller Grundrechte geht, Demonstrationsorganisatorinnen und –organisatoren – jedenfalls wenn diese kein pflichtwidriges Verhalten (etwa Missachtung der Bewilligungspflicht bzw. -auflagen) zu verantworten haben – nicht in Rechnung gestellt. Hingegen wäre unter Umständen denkbar, bei einem unfriedlichen Demonstrationsverlauf Polizeieinsatzkosten (teilweise) auf dafür verantwortliche Personen zu überwälzen. Allerdings stellen sich hier hinsichtlich der individuellen Zurechenbarkeit solcher Kosten nach Massgabe des jeweiligen konkreten Tatbeitrags schwierige Abgrenzungsfragen.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Einfache Anfrage vom 12. Juni 2018